

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

10. Ausgabe / 30. Jahrgang

Für Halle und den  
Saalekreis

3. November 2020

## Ost und West endlich angleichen! ▶

Auch 30 Jahre nach der deutschen Einheit gibt es noch Unterschiede in den Tarifverträgen von Ost und West, die teilweise zu großen Lohnunterschieden und unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen führen. Das gleiche gilt beispielweise für Renten. Die Arbeiter\*innen im öffentlichen Dienst fordern in der bestehenden Verhandlungsrunde deshalb auch, dass die Arbeitszeitregelungen angeglichen werden.

Wir halten das für einen seit 30 Jahren überfälligen Schritt. Wer die Sonntagsreden der Politik darüber, dass die Einheit ja real vollzogen werden müsse, in irgendeiner Form ernst nimmt, muss diese Forderung unbedingt unterstützen.



## Gute Tarife: Das beste Konjunkturprogramm! ▶

Gute Löhne und Gehälter sind gut für uns alle: Denn wenn die Beschäftigten mehr Geld haben, können sie auch mehr ausgeben. Davon können zahlreiche Branchen profitieren, die jetzt stark unter der Corona-Pandemie leiden. Statt mit dem Geld nur Staatskredite an Unternehmen zu vergeben, die die öffentliche Hand niemals wiedersehen wird, sollte das Geld vor allem in die Kaufkraft der Bürger\*innen fließen. Ein Weg dahin sind gute Tarife im öffentlichen Dienst. Auch deshalb sind die Verhandlungen und die Warnstreiks wichtig!

## Für Entlastung statt Überarbeitung! ▶

Bei dem Streik im öffentlichen Dienst, mit dem wir uns ausdrücklich solidarisieren, geht es aber nicht „nur“ um Geld. Vielmehr geht es auch um gute Arbeitsbedingungen. Ein Aspekt muss dabei sein, die Angestellten zu entlasten. Denn viele der Streikenden arbeiten hart für die wichtigsten Bereiche der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Deshalb haben sie nicht nur eine größere Entlastung verdient, sondern sollten auch vor Überarbeitung geschützt werden. Das kommt dann sogar den Arbeitgeber\*innen zugute. Wir unterstützen in diesem Sinne natürlich, dass die Gewerkschaften auch Verbesserungen beim Thema Arbeitszeit gefordert haben.



## Mehr Gehalt für den öffentlichen Dienst! ▶

Die Personalausgaben für den öffentlichen Dienst in Deutschland liegen unter dem Durchschnitt im Euroraum. Auch deshalb sind die Forderungen der Gewerkschaften, also 4,8% und mindestens 150 Euro mehr, mehr als gerecht.

Das Geld dafür ist jetzt schon da. Generell müssen Einkommen und Vermögen in Deutschland nur gerechter verteilt werden.

Die öffentliche Hand muss sich eine ordentliche Bezahlung ihrer Beschäftigten leisten!

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 28.10.2020

Die Einwohnerfragestunde wurde vor allem von Einwohner\*innen des Wildentenweges genutzt. Sie hatten viele Fragen zu Kosten, zu Wegebeziehungen u.a.m., die sich auf den „Bebauungsplan Nr.188 Kröllwitz, Wohnbebauung Wildentenweg-Aufstellungsbeschluss“ bezogen. Auch unter den Stadträten war diese Vorlage umstritten. Unsere Fraktion stimmte gegen diese Vorlage.

Thomas Schied sprach in der Diskussion und sagte, „dass man das Gefühl hat, dass die Interessen des Investors 1:1 umgesetzt werden, aber die Fragen und Probleme der Bürger\*innen nicht beachtet werden“. Vor allem ging und geht es um die Bebauung des Waldes in diesem Gebiet.

Die Vorlage wurde mit einer Mehrheit im Stadtrat nicht angenommen.

Diskussionen gab es auch zum Nachtragshaushalt der Stadt Halle (Saale). Der Nachtragshaushalt wurde notwendig, weil u.a. die CORONA-Pandemie unvorhergesehene Aufwendungen und Auszahlungen sowie Mindererträge und Mindereinzahlungen (z.B. aufgrund der Einrichtung von Fieberzentren, von Hygienematerial, zusätzliches Sicherheitspersonal, massive Ausfälle bei Steuereinnahmen) gegeben hat. Die Stadt Halle kann unter diesen besonderen Bedingungen Liquiditätskredite aufnehmen. Für die Stadt Halle bedeutet das, dass wir zusätzlich Kredite in Höhe von 68.000.000 Euro aufnehmen. Wir haben dem Nachtragshaushalt zugestimmt.

Auch das Einzelhandels- und Zentrenkonzept der Stadt Halle (Saale) sorgt immer wieder für Diskussionen. Der Überarbeitung des Konzeptes konnten wir diesmal zustimmen. Interessant wird für die Zukunft sein, wie sich das Gebiet des „Schlachthofes“ entwickeln wird. Wir werden diesen Standort „im Auge behalten“.

Ohne Diskussion wurde der Beschluss „Beteiligung der Stadt Halle (Saale) am Straßenbahnersatzneukauf der HAVAG“ beschlossen. Die Stadt Halle (Saale) wird sich mit 26,28 Mio Euro an der Finanzierung von neuen Straßenbahnen in den Jahren 2021-2030 beteiligen. Wir haben der Vorlage auch zugestimmt.

Der Stadtrat hat eine neue Parkgebührenordnung beschlossen. Die Obergrenze der Parkgebühren wurde durch das Land Sachsen-Anhalt auf 1 Euro je Stunde festgelegt. Nun ist es so, dass in allen drei Zonen (die Stadt Halle hat die Stadt in drei Zonen eingeteilt) ein einheitlicher Satz von 0,50 Euro pro halber Stunde gilt. Neu ist die Nutzung von Wochen- und Monatskarten, die z.B. auf die Nutzung durch die Anwohnerschaft abzielen. Wir haben auch dieser Vorlage zugestimmt.

Unser Antrag „Nur die Liebe zählt. Und manchmal auch der Korrosionsschutz“ hat zum Inhalt, dass wir eine Alternative schaffen wollen zum Anbringen von sog. „Liebesschlössern“ an der Peißnitzbrücke. Es gibt einen Beschluss zur Instandsetzung der Brücke, deren Folge wäre, dass die Liebesschlösser vernichtet werden müssen. Wir wollen anregen, dass gemeinsam mit halleschen Künstlern eine Alternative geschaffen werden kann, also ein „Kunstwerk“ in der Nähe der Peißnitzbrücke zum Anbringen der Schlösser. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Kulturausschuss verwiesen.

Unser Antrag zur Einführung eines autofreien Tages im Jahr 2021 führte erwartungsgemäß zu einer regen Diskussion. Der Antrag beinhaltet, den autofreien Tag im Bereich der Altstadt und auf einer der beiden Richtungsfahrbahnen der Hochstraße umzusetzen.

„Intension des Antrages ist vor allem die Werbung für den ÖPNV“, betonte Anja Krimmling-Schoeffler in der Diskussion. Der Antrag wurde angenommen!

Unser Antrag zur Beantragung von Städtebaufördermitteln für die Scheibe C“ sorgte ebenfalls für rege Diskussionen im Stadtrat. Hintergrund des Antrages ist, dass sich die Kosten für die Baumaßnahmen erheblich erhöht haben. Wir wollen nicht, so Hendrik Lange in der Diskussion, dass möglicherweise eine „Bauruine“ entsteht, sondern dass das „Projekt sozialer Wohnraum“ abgeschlossen wird.

Für die Stadt Halle (Saale) entstehen aus unserer Sicht keine zusätzlichen Kosten.

Der Antrag wurde vom OB in den Finanzausschuss verwiesen.

Ute Haupt

## Ein Jahr nach Halle: Keine Plattform für rechte Äußerungen!

von Eva von Angern, stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion

Bei der letzten Landtagssitzung blickte Eva von Angern, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, anlässlich des ersten Jahrestags des Anschlags von Halle zurück auf die schreckliche Tat, die weltweit für Entsetzen sorgte. Eva von Angern forderte in ihrer Rede grundlegende Veränderungen in der Arbeit der Sicherheitsbehörden in Bezug auf rechten Terror und antisemitische Gewalt, während die AfD ihr Plädoyer nutzte, um Faschismus früher und heute zu verharmlosen und damit die Opfer rechter Gewalt zu verhöhnern.

Eva von Angern wurde von Hans-Thomas Tillschneider (AfD), der bereits vom Verfassungsschutz beobachtet wird, in der Debatte um das Attentat von Halle als eine furchtbare Juristin beleidigt.

Darauf erwiderte sie: „Mit dieser Bezeichnung werden Jurist\*innen benannt, die die Verbrechen der deutschen Justiz im Nationalsozialismus gestützt und zugleich nach dem Ende der NS-Diktatur im Staatsdienst der Bundesrepublik die gerichtliche Aufarbeitung blockiert hatten. Furchtbare Jurist\*innen waren die Schöpfer der Nürnberger Rassengesetze. Jene entschieden, dass Leben lebensunwert war, fällten standgerichtliche Urteile und sorgten für die Gleichschaltung von Rechtswissenschaft und Justiz. Bei der von Tillschneider bewusst gewählten Formulierung geht es um das Verharmlosen der nationalsozialistischen Verbrechen. DIE LINKE weist solche Äußerungen vor dem Hintergrund des antisemitischen Anschlags von Halle entschieden zurück. Ich werde mich weiterhin für die Rechte der Opfer und eine umfangreiche Aufarbeitung stark machen!“, so Eva von Angern.

**Wichtiger Vorabhinweis: Das Stattfinden aller Veranstaltungen läuft unter Vorbehalt. Da sich die Pandemiesituation jederzeit verschlechtern kann, ist es möglich, dass einzelne Veranstaltungen abgesagt/verschoben werden müssen.**

Vortrag „Neuigkeiten aus Großbritannien vom Brexit und aus den U.S.A. zur Wahl“ am **16. November ab 14 Uhr im Bürgerhaus „alternative“**, Gustav-Bachmann-Straße 33, 06130 Halle  
- Referent: Arne Lund (Hamburg)

Treffen der **LAG Kommunalpolitik am 21. November ab 10:00 Uhr im Hotel „Stadt Köthen“**, **Friedrich-Ebert-Straße 22, 06366 Köthen:**  
- AfD in kommunalen Gremien  
- Stand der Beratung in Sachen Straßenausbaubeiträgen  
- Stand des Wahlprogramms zur Landtagswahl 2021  
- Kommunalpolitik vor Ort und kommunalpolitisch relevante Themen im Landtag  
- Wahl der Delegierten für die Landesparteitage 2021/2022

**Senioren-Cafe' am 25. November ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:**  
Lichtbildervortrag von Gen. H.J. Gunkel:  
„Kunst im öffentlichen Raum Stadt Halle“

**AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr, Planen und Bauen am 27. November ab 18 Uhr im Kleeblatt, Am Kinderdorf 1, 06124 Halle**

**Vorschau Dezember:**

**Senioren-Cafe' am 09. Dezember ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:**  
zu Gast: die Stadtvorsitzenden Anja Krimmling-Schoeffler und Jan Röttschke

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
DIE LINKE Saalekreis  
Leitergasse 4  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:  
linkesblatt@dielinke-halle.de  
Anja Krimmling-Schoeffler/  
Jan Röttschke (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

#### Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
29.10.2020  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 03.12.2020

## 30 Jahre Deutsche Einheit - Neue Einsichten, neue Spaltungslinien

Rede zur Vereinbarten Debatte im Deutschen Bundestag zu „30 Jahre Deutsche Einheit“, 2. Oktober 2020

Es ist ein gutes Zeichen, dass sich der Blick auf die Deutsche Einheit langsam verändert. Zu lange hat die Bundesregierung ignoriert, wie differenziert viele Ostdeutsche auf ihr Leben im vereinten Deutschland schauen. Die Spannung zwischen Freiheit und Sicherheit hat immer eine ganz persönliche Bedeutung, einen ganz persönlichen Bezug.

Die Menschen im Osten wollen die DDR nicht zurück, das kann man für die übergroße Mehrheit behaupten. Was sie allerdings tun, je nach Alter auch unterschiedlich tun, das ist ihr Leben zu vergleichen. Welche Werte waren vor 1989 wichtig, welche danach; welche Arbeit habe ich, wo werden unsere Kinder Arbeit finden; welche Stellung hatte und welche habe ich in der Gesellschaft?

Wenn man aufmerksam zuhört, dann lernt man, dass man Wohlstand nicht eins zu eins mit Konsum setzen sollte. Man spürt, wie unterschiedlich die Empfindungen und Erlebnisse vor 30 Jahren waren. Wir feiern bekanntlich ein Doppeljahr des Gedenkens: Jeder Ostdeutsche erinnert sich an den Herbst 1989, an die ungeheure Spannung, die Kraft, den Mut und die Verzweiflung jener Tage. Die Erleichterung, die Freude über die Grenzöffnung, darüber, dass die Revolution friedlich geblieben ist, das wird uns noch für viele Jahrzehnte inspirieren und dankbar machen.

1989 war ein Jahr der Freiheit, auch persönlicher Freiheit. Ein Jahr, indem es auf Jeden und Jede ankam, in dem man etwas bewirkt hat und den anderen schützen konnte, einfach dadurch, weil man zusammen auf der Straße war. 1990 verblasst dagegen - der 3. Oktober wird an die emotionalen Erinnerungen des 9. November nie heranreichen. 1990 sind von der Bonner Politik die Weichen gestellt worden, die den Osten auf das Gleis gesetzt haben, auf dem er immer noch ist. Dazu gehörte die Einsetzung der Treuhand und die Privatisierung der gesamten DDR-Volkswirtschaft. Ostdeutsche waren bald nicht mehr Akteur,

sondern Objekt. Es blieb nun wirkungslos, dass 70.000 Menschen wieder montags, wieder in Leipzig, auf der Straße waren. Es blieb wirkungslos, dass man das Streik- und Versammlungsrecht hatte, einfach deshalb, weil man die Betriebe verlor. Und es blieb viel zu lange folgenlos, zumindest für die Täter und Täterinnen, dass sich Nationalismus und Rassismus Bahn brachen, dass Hunderte Menschen getötet, verletzt und traumatisiert worden.

Wir sind in einer Zeit neuer Deutungskämpfe. Die Coronakrise hat Vorhänge aufgezo-gen, hinter die viele nicht schauen wollen. Die freie Wirtschaft, die so viel der Strahlkraft dieser westlichen Demokratie ausmacht, sortiert die Menschen und Märkte. Nicht nur die Ostdeutschen sind Bürger 2. Klasse, und eben nicht nur nach Selbstauskunft und Gefühl, sondern strukturell betrachtet nach Entscheidungsmacht, Einkommen und Status. Wir haben aber ebenso zu wenige Professorinnen und Juristen mit migrantischem Hintergrund. Wir weisen Rumänen und Bulgaren Arbeits- und Lebensbedingungen zu, die wir selbst nicht akzeptieren würden.

Die Deutsche Einheit ist keine einfach zu erzählende Geschichte vom Dunkel ins Licht; so hat die Bundesregierung lange über die Köpfe der Menschen hinweg geredet. Die immer noch unvollendete Einheit zeigt, die Herausforderung besteht auch heute, Würde, Einkommen, Sicherheit und Gleichberechtigung für alle zu garantieren. Ja, auch diese Gesellschaft hat erheblichen Veränderungsbedarf. Deshalb ist der kritische Blick auf die Deutsche Einheit notwendig, denn er ist der Blick auf die Stärken und Schwächen dieses Landes. Für Selbstzufriedenheit ist weniger Platz, als mancher in der Bundesregierung meint.

Matthias Höhn,  
Beauftragter für Ostdeutschland der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

## Gesamtmitgliederversammlung am 5.12.2020 von 9:30 Uhr - 13:00 Uhr in der Händelhalle, Salzgrafenplatz 1, 06108 Halle:

-Wahl der\*des Direktkandidierenden für die Bundestagswahl im Wahlkreis 72

-Wahl der 16 Delegierten für die Vertreter\*innenversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl

## Und täglich grüßt der Uploadfilter

Autoren: Petra Sitte, Simon Weiß

In einer Reihe von Artikeln wollen wir uns mit dem Inhalt des neuen Referentenentwurfs zur Umsetzung der DSM-Richtlinie befassen. Worum ging es ursprünglich, was sieht der Entwurf vor, was hat sich gegenüber früheren Entwürfen geändert, und was wäre aus unserer Sicht zu tun? Den Anfang machen die Regelungen zu Artikel 17, also die bekannten Uploadfilter, im zweiten Teil wird es um das Urhebervertragsrecht gehen.

Worum geht es?

Kein Teil der EU-Urheberrechtsreform hat so viel Aufmerksamkeit erregt und war so umstritten wie Artikel 17. Im Kern geht es darum: Plattformen, auf denen Inhalte hochgeladen werden können, wie beispielsweise Youtube, müssen sich zukünftig um Lizenzen für alle denkbaren Inhalte bemühen und das Hochladen nicht lizenzierter Inhalte verhindern. Das läuft auf eine Verpflichtung hinaus, Uploadfilter zu installieren, also hochgeladene Inhalte durch automatisierte Softwarefilter prüfen und blocken zu lassen. Diese Uploadfilter sind gefährlich - denn kein technisches Verfahren ist überhaupt in der Lage, die Kontexte zu erkennen, die eine bestimmte Veröffentlichung urheberrechtlich erlaubt oder verboten machen. „Overblocking“, also das Sperren eigentlich erlaubter Inhalte, ist vorprogrammiert, und damit eine Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Als Linksfraktion im Bundestag haben wir uns daher von Anfang an strikt gegen Artikel 17 ausgesprochen und hoffen weiter darauf, dass der Europäische Gerichtshof diese Vorschrift als Verletzung von Grundrechten kippen wird. Die Bundesregierung hat in einer längeren Protokollerklärung angekündigt, sie würde in der Umsetzung das Ziel verfolgen, Uploadfilter „weitgehend unnötig zu machen“.

Was sieht der Entwurf vor?

Man muss dem Justizministerium zu Gute halten, dass es sich ernsthaft bemüht hat, eine Umsetzung zu

finden, die in der Praxis halbwegs handhabbar ist und Rechte der Nutzenden absichert. Aber gut gemeint ist nicht gut gemacht, wenn die Vorlage schon schlecht ist. Uploadfilter wird es mit diesem Entwurf ohne Frage geben.

Einige Punkte der Protokollerklärung werden aufgegriffen, aber nicht alle. Insbesondere finden sich dort aufgeworfene Fragen des Datenschutzes und offener Schnittstellen im Entwurf nicht wieder. Eine entscheidende Frage ist, ob sich die Bundesregierung mit ihren Vorstellungen auch in den Dialogprozessen auf europäischer Ebene durchsetzen kann - und entgegen ihrer Ankündigungen scheint hier bisher nicht viel passiert zu sein.

Grundsätzlich gute Ansätze gibt es vor allem an zwei Stellen des Entwurfs: Einmal die Einführung einer Bagatellregelung, die es erlauben soll, kurze Ausschnitte von Werken auf Plattformen frei zu nutzen. Das ist wichtig, insbesondere um eine von Memes und Remixes lebende Onlinekultur zu schützen, aber auch für viele andere alltägliche Praktiken wie das Teilen von Screenshots in sozialen Medien. Leider verhindern es die europarechtlichen Vorgaben, diese Schranke allgemein gelten zu lassen - was in Zukunft zu der paradoxen Situation führen könnte, dass jemand beispielsweise einen Inhalt auf Facebook stellen dürfte, aber nicht auf die eigene Webseite. Das zeigt: Wir brauchen nach wie vor neue Regelungen auf Europaebene, um Alltagshandlungen vor urheberrechtlichen Sanktionen zu schützen.

Zweitens sieht der Entwurf ein „Pre-Flagging“ vor, mit dem Nutzende beim Upload angeben können, urheberrechtlich geschützte Inhalte legalerweise verwendet zu haben. Das würde dann vor einer automatisierten Filterung schützen, sofern die hochgeladenen Inhalte nicht weitgehend mit dem geschützten Werk übereinstimmen. Überlegungen in diese Richtung gab es schon in der Protokollerklärung und in Stellungnahmen aus der Wissenschaft, und sie sind theoretisch



**Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im  
Monat November Geburtstag haben.**



auch geeignet, viele fälschliche Sperrungen zu verhindern. Aber so gut das Pre-Flagging gemeint ist, die Umsetzung im Entwurf ist nicht gelungen.

Das liegt einmal daran, dass die Frage der weitgehenden Übereinstimmung nicht nachvollziehbar geregelt ist. Laut Entwurf soll bei „mindestens 90 Prozent Übereinstimmung“ die automatische Sperre trotzdem greifen - aber es ist völlig unklar, worauf sich diese Zahl bei einem Verfahren zur Mustererkennung beziehen soll. Ein grundlegendes Problem aber ist eine Änderung, die erst mit dem neuen Referentenentwurf gekommen ist.

Was hat sich geändert?

In der vorherigen Fassung des Diskussionsentwurfs bestand die Möglichkeit des Pre-Flaggings noch allgemein.

Nun soll sie nur noch im Falle einer bereits festgestellten Übereinstimmung mit urheberrechtlich geschützten Werken bestehen. Das mag zunächst nach einer harmlosen Änderung klingen. Doch gerade durch diese Änderung wird der Einsatz von Filtersoftware während des Uploads ausnahmslos festgeschrieben, der ansonsten noch für kleine Anbieter unter Berufung auf das Prinzip der Verhältnismäßigkeit vermeidbar gewesen wäre. Zudem können Nutzende sich mit diesem Verfahren nicht mehr gegen Sperransprüche wehren, die erst nach dem Upload übermittelt werden. Eine ausführliche Darstellung der damit verbundenen Probleme und der Art, wie der Entwurf die Marktmacht großer Plattformen stärkt, gibt es von Julia Reda bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte.

Bei den weiteren Änderungen gegenüber dem letzten Entwurf handelt es sich um verschiedene Detailregelungen, von denen einige zwar sinnvolle Verbesserungen mit sich bringen. Aber zwei weitere sind zu nennen, die ebenfalls problematisch sind.

Zum einen sind dies Sanktionen gegen die wiederholte fälschliche Kennzeichnung im Rahmen des Pre-Flaggings. Bereits nach dem Diskussionsentwurf sollte Plattformen erlaubt werden, Nutzende bei wiederholter Falschkennzeichnung vom Pre-Flagging-Verfahren auszuschließen. Jetzt sollen sie dazu sogar verpflichtet werden. Das heißt: Wer als Rechtslaie bei der Einschätzung eines gegebenenfalls komplexen

juristischen Sachverhalts ein paar Mal einen Fehler macht, wird automatisch in seinen Grundrechten beschränkt. Das ist inakzeptabel, zumal, wenn man bedenkt, dass die damit verbundenen Urheberrechtsverletzungen bereits jetzt zivil- und strafrechtlich verfolgt werden können.

Ebenfalls neu ist eine Vergütungspflicht, die auch Pastiche beinhaltet. Das ist ein Begriff, der neu ins deutsche Urheberrecht eingeführt wird und bestimmte Nachahmungen und Übernahmen von Inhalten umfasst, etwa bei einer literarischen Hommage, aber auch bestimmte Online-Nutzungen umfassen soll. Das Problem ist hier natürlich nicht die Vergütungspflicht an sich. Dass der Entwurf eine Direktvergütung an Kreative für lizenzierte Inhalte vorsieht, begrüßen wir ausdrücklich. Aber Pastiche zu vergüten ist aus zwei Gründen problematisch: Erstens werden Pastiche außerhalb von Plattformen nicht vergütet, und das auch aus gutem Grund, denn niemand sollte für eine bestimmte Form künstlerischen Ausdrucks Geld bezahlen müssen. Das macht die Vergütung hier aber schwer zu rechtfertigen. Zweitens würde diese Regelung erfordern, eine klare Unterscheidung zwischen Pastiche und anderen Ausnahmen wie Zitaten, Parodien und Karikaturen zu treffen, um die einen zu vergüten und die anderen nicht. Das ist aber in der Praxis kaum möglich.

Folgerichtig hatte die Bundesregierung noch in ihrer Protokollerklärung angekündigt, keine Vergütung für Pastiche vorzusehen, da hier den Rechteinhabern „ohnehin keine relevanten wirtschaftlichen Einbußen“ entstünden. Auch hier wird die in der Protokollerklärung festgehaltene Zusage gebrochen.

Was wäre zu tun?

Es bleibt dabei: Uploadfilter sind ein ungeeignetes Mittel zur Durchsetzung des Urheberrechts und gefährden die Grundrechte. Am Besten wäre es wohl, auf eine Umsetzung von Artikel 17 vorerst zu verzichten, zumindest bis der Europäische Gerichtshof in dem derzeit laufenden Verfahren entschieden hat.

Trotzdem bleibt es sinnvoll, für jede mögliche Verbesserung zu kämpfen. Zum Referentenentwurf können in diesem Sinne noch bis zum 6. November Stellungnahmen abgegeben werden.

## Das System macht arm - Hartz IV abschaffen, für einen echten Sozialstaat!

Der Arbeitskreis Soziales, Gesundheit und Jugend der Partei DIE LINKE Halle hat am Samstag zum Tag zur Beseitigung der Armut (17.10.2020) mit einer Informationsveranstaltung auf dem Boulevard auf die Lage der Betroffenen und linke Lösungsvorschläge aufmerksam gemacht.

Vielen Dank an alle Teilnehmer\*innen!

Insbesondere in Halle (Saale) können wir Armut klar als gesellschaftliches Problem erkennen. 33,4 % der Kinder leben in Haushalten, die auf Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) angewiesen sind.

In manchen Stadtteilen liegt die Kinderarmut bei 70 Prozent. 317.000 Menschen gelten in Sachsen-Anhalt als armutsgefährdet, was sowohl Menschen mit Arbeitsplatz als auch Erwerbslose betrifft. Die Corona-Krise wird diese Zahlen verschärft haben. Armut ist offensichtlich kein individuelles Phänomen, sondern hängt von den gesellschaftlichen Verhältnissen ab. Und die sehen für etliche Menschen nicht gut aus:

So hat der Paritätische Gesamtverband errechnet, dass der ALG II-Satz deutlich unter dem liegt, was man als Mindestsicherung bezeichnen kann. Während der Satz 2021 bei 439 liegen wird, beziffert der Verband den dringend notwendigen Bedarf auf über 600 Euro. Viele soziale Einrichtungen und Unterstützungsangebote sind dagegen entweder schlecht finanziert oder weisen hohe bürokratische Hürden auf.

Auch wird bei der Bundesregierung daran festgehalten, dass Menschen von den Jobcentern sanktioniert werden können.

Grundlage dafür ist die ideologische Fokussierung auf die vermeintliche „Eigeninitiative“ von Armen und Erwerbslosen.

Aus dieser neoliberalen Logik heraus werden die Ärmsten selbst für ihre Lage verantwortlich gemacht. Wir müssen mit dieser Vorstellung endlich brechen und setzen uns deshalb dafür ein, Armut als systemisches Problem zu betrachten. Menschen, die in Armut leben oder als armutsgefährdet gelten, sind nicht „selbst Schuld“ an ihrer Lage, sondern werden von einem

System im Stich gelassen, was sich als hoch defizitär erweist. Wir fordern deshalb das Ende der durch die Hartz-IV-Reform geschaffenen Ungerechtigkeit und wollen stattdessen eine sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1.050 Euro, um die grundlegenden Bedürfnisse aller Menschen zu decken. Wir wollen besser ausgestattete soziale Einrichtungen und wir wollen einen Mindestlohn und ein Arbeitsrecht, welche das leider geltende Prinzip „Arm trotz Arbeit“ endlich abschaffen.



## Einschätzungen der Sachsen-Anhalter\*innen in der Corona-Pandemie und Erwartungen an die Landespolitik

Die Landtagsfraktion hat im September 2020 eine umfangreiche, repräsentative Studie zur allgemeinen Stimmungslage in Sachsen-Anhalt beauftragt. 1.007 Menschen aus Sachsen-Anhalt wurden zur Corona-Pandemie, den dazugehörigen Schutzmaßnahmen, Perspektiven auf Arbeit und Beruf sowie ausgewählten politischen Projekten innerhalb des Bundeslandes befragt.

Wie beurteilen die Sachsen-Anhalter\*innen die Maßnahmen zum Umgang mit der Corona-Pandemie? Wie gestaltet sich das Vertrauen in die Politik? Wie sollen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie finanziert werden und wie gut fühlen sich die Menschen über dazugehörige Schutzmaßnahmen informiert? Wissenschaftler\*innen von Liljeberg Research International interviewten hierzu 1.007 Sachsen-Anhalter\*innen, die per Zufallsverfahren ausgesucht und online bzw. telefonisch befragt wurden. Die Erhebung fand zwischen dem 23. und 29. September 2020 statt.

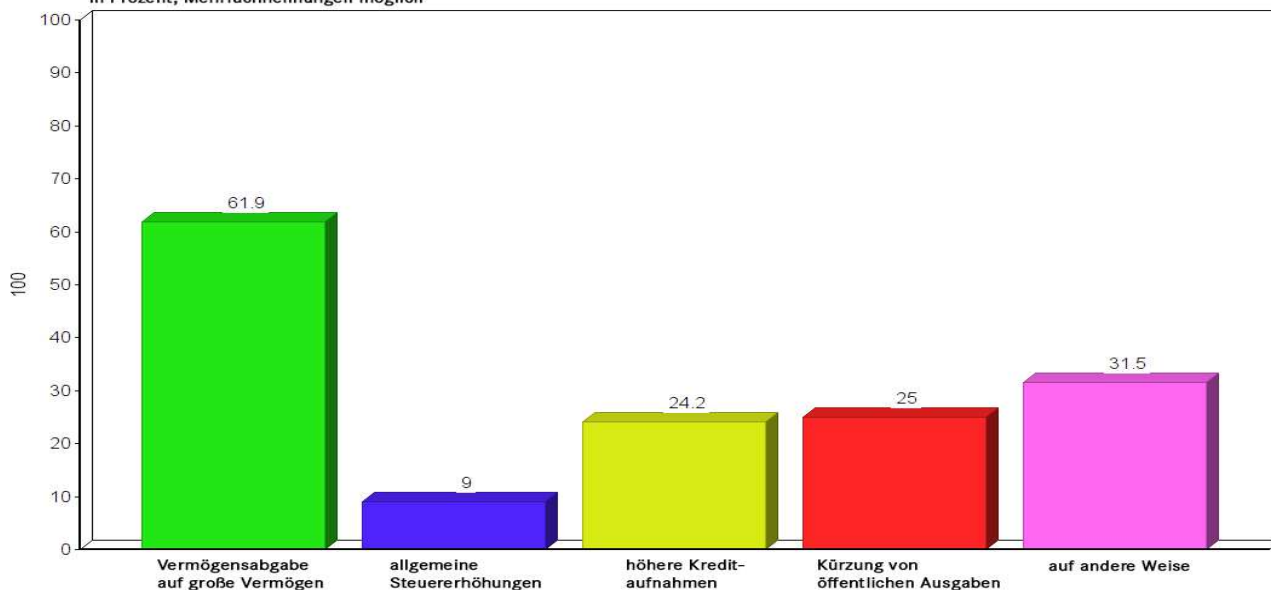
Unser Fraktionsvorsitzender Thomas Lippmann zur Umfrage:

„Wir haben die Studie vor dem Hintergrund der anhaltenden Corona-Pandemie in Auftrag gegeben, um ein aktuelles, belastbares Stimmungsbild der Menschen in Sachsen-Anhalt zu erhalten. Dabei ist deutlich geworden, dass eine große Mehrheit der Befragten

der Meinung ist, dass die Kosten der Krise durch eine Vermögensabgabe auf große Vermögen (62%) und nicht durch die Kürzung öffentlicher Ausgaben (25%) bezahlt werden sollen. Insgesamt fühlen sich nur ein Drittel der Befragten von den Corona-Einschränkungen stark belastet. Allerdings ist auch nur ein Drittel der Meinung, dass das Bildungssystem mit den Herausforderungen der Corona-Pandemie gut klargekommen ist. Die Fraktion DIE LINKE nimmt das Meinungsbild sehr ernst und bezieht diese Aussagen der Befragten in die politische Arbeit im Parlament in den kommenden Monaten mit ein.“

Stefan Gebhardt als Landesvorsitzender betont: „Im Zuge der Corona-Pandemie wird deutlich, dass soziale Themen in den Umfragewerten dominieren. Es rücken Gesundheitsthemen wie die ambulante Pflege und flächendeckende Krankenhausversorgung in den Fokus. Ebenso besitzen die Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut sowie der Kampf gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus einen enorm hohen Stellenwert. Hier sieht die Bevölkerung den Staat gefordert einzuschreiten. Wir sehen uns vor dem Hintergrund der Umfrageergebnisse darin bekräftigt, für faire Löhne und armutsfeste Renten - wozu die Ost-West-Angleichung gehört - und ein krisenfestes Gesundheitssystem für alle Menschen in Sachsen-Anhalt zu streiten.“

Wie sollen Ihrer Meinung nach die Folgen der Corona-Pandemie finanziert werden?  
in Prozent; Mehrfachnennungen möglich



Ein Mehrheit von 61,9% der Befragten ist der Meinung, dass die Folgen der Corona-Pandemie durch eine Vermögensabgabe auf große Vermögen finanziert werden sollen.



## Kein Forum für rechte Netzwerke!

Wir waren entsetzt über die Besetzung der Veranstaltung „Europa-Debatte: Populistische Strömungen - Wo kommen sie her und wie kann ihnen begegnet werden?“ am 15.10.2020 in der Leopoldina. Denn dort sollte unter anderem der Politikwissenschaftler Werner Patzelt auftreten und über mögliche Reaktionen auf den „europäischen Populismus“ referieren. Wir empfinden das angesichts der aktuellen rechtsextremen Vernetzung des Referenten bestenfalls als schlechten Scherz und kritisieren die Einladung scharf. Die Leopoldina taucht mit dieser Einladung in einer Reihe von Institutionen auf, die in einer demokratischen Debatte nichts zu suchen haben, die Patzelt aber nichtsdestotrotz besucht und sogar hofiert. So schreibt er unter anderem für die rechtsextreme Zeitung „Junge Freiheit“, für die neurechte und revisionistische „Preußische Allgemeine Zeitung“ und für das rechtspopulistische Portal „Hallo Meinung“, dem aufgrund dieser Einstellung im August die Gemeinnützigkeit entzogen wurde. Darüber hinaus tritt er beispielsweise gemeinsam mit Neonazis wie Benedikt Kaiser („Institut für Staatspolitik“) und dem AfD-Parteiphilosophen Marc Jongen, bei der faschistischen „Deutschen Burschenschaft“ (DB) oder der neurechten „Bibliothek des Konservatismus“ (BdK) auf. Kurzum gibt es an sich wohl kaum eine antidemokratische und menschenfeindliche Struktur, der Patzelt noch keinen Besuch abgestattet hat. Zuletzt hat er laut Medienberichten auf einer Veranstaltung des AfD-Funktionärs Sven Ebert in Hohenweiden (Schkopau) gemeinsam mit dem der Corona-Leugner-Szene verhafteten Hans-Joachim Maaz von seinen Ansichten berichtet. Im Publikum war dabei unter anderem der „Identitäre“ Till-Lucas Wessels, der die Veranstaltung in der „Sezession“, dem Hausblatt von Götz Kubitscheks „Institut für Staatspolitik“, begeistert geschildert hat.

Wenn der Politikwissenschaftler Patzelt gerade keine Zeit hat, treten in den genannten Medien und mit den genannten Referenten bekennende Rechtsextreme auf. Der Leopoldina-Referent Patzelt tritt dort auf und macht dort mit, wo Fake News, Antisemitismus, Rassismus und Sexismus sich die Klinke in die Hand geben. Egal ob es um Rassismus, Nationalismus, Antifaschismus oder Corona geht - Patzelt sympathisiert offensichtlich immer mit denjenigen, die sich für die autoritärste und reaktionärste „Lösung“ einsetzen. Er selbst beherrscht das Geschäft rechter Narrative aber auch nicht schlecht. Schon im Jahr 2000 setzte er sich für seinen Kollegen Lothar Fritze im „Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung“ (HAIT) ein, der das Hitler-Attentat von Georg Elser als unmoralisch

diskreditiert haben soll. Fritze referiert jetzt für das „Institut für Staatspolitik“ und bietet ein weiteres Beispiel für Rechte, die versuchen, sich als demokratische Konservative zu inszenieren. Patzelt selbst hat schon die aktuelle Migration nach Europa mit der antiken Völkerwanderung verglichen, hält eine vermeintliche Überfremdung für eine reale „multikulturelle“ Vision und hat sich schon als faktischer Verteidiger von „Pegida“ einen Namen gemacht. Bereits 2015 haben sich verschiedene Studierendengruppe, darunter die Juso-Hochschulgruppe Halle/Saale, der SDS Halle und der Fachschaftsrat der Philosophischen Fakultät I der MLU kritisch dazu positioniert, dass Werner Patzelt als ernsthafter Politikwissenschaftler fungieren kann.

Wir denken, dass er das nicht kann. Auch an der TU Dresden, seiner Heimatuniversität, wurde die Kritik laut, dass er Wissenschaft mit seinen politischen Präferenzen vermischen würde. Das heißt konkret: Wer Patzelt einlädt, bekommt seine Propaganda direkt mitgeliefert. Ein Beispiel für seine Vorgehensweise soll hier einer seiner Text liefern, der einen Tag nach dem antisemitischen, rassistischen und antifeministischen Terroranschlag von Halle verfasst wurde. Er erwähnt darin den Anschlag auf die hallesche Synagoge und den vorherigen Mord an Walter Lübcke, verknüpft die faschistische Gewalt aber direkt mit dem Hinweis auf die „linke“ Gewalttätigkeit und mit der Erklärung, dass „wir“ uns mehr und mehr „gefühlsgeliebt und allzu oft zum willkommenen Zweck, sich dem Feind gegenüber als `menschlich und moralisch überlegen` darzustellen“, in die politische Auseinandersetzung bewegen würden. Damit betreibt Patzelt nicht nur eine klare Verharmlosung des rechten Terrors, sondern sieht die Tendenz einer allgemeinen politischen Verrohung zumindest mittelbar als Ergebnis antifaschistischer Interventionen.

Deshalb und aus vielen weiteren Gründen halten wir es für absolut falsch, Werner Patzelt zum Thema des europäischen Populismus in die Leopoldina einzuladen. Wer ernsthaft und zielgerichtet gegen Ideologien und Akteur\*innen vorgehen will, die die Idee der Demokratie in Europa und überall sonst beschädigen und angreifen, darf ihnen kein Podium bieten.

Wir denken, dass die Leopoldina hier Verantwortung trägt und dieser mit der Einladung von Patzelt nicht gerecht wird.

Wir fordern die Absage der Veranstaltung und hoffen, dass es in Zukunft eine klare Trennung zwischen rechtsextremen Netzwerken und der Nationalen Akademie der Wissenschaften geben wird.

SDS DIE LINKE Halle

## + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 14./15./16.10.2020

### #Antisemitismus

#### **Ein Jahr nach Halle - erinnern und handeln!**

Anlässlich des ersten Jahrestages des antisemitisch und rassistisch motivierten Anschlages gegen die jüdische Gemeinde in Halle (Saale) fand auf der Landtagssitzung eine aktuelle Debatte unter dem Titel „Ein Jahr nach Halle - erinnern und handeln!“ statt. Für DIE LINKE sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva von Angern: „Der Anschlag auf die Synagoge in Halle geschah nicht völlig überraschend oder unvermittelt, wie dies so viele Politikerinnen und Politiker gern behaupten. MP Haseloff erklärte am ersten Gedenktag im MDR, ‚dieser Tag habe alles verändert in Sachsen-Anhalt‘. Ich widerspreche Ihnen ausdrücklich!“, und setzte fort: „Der Anschlag auf die Synagoge in Halle ist das Resultat einer immer weiter nach rechts rückenden Gesellschaft, in der viel zu oft nicht eingeschritten und weggeschaut wird, wenn sich Antisemitismus oder Rassismus im alltäglichen Leben ausbreiten. Wir verzeichnen ein Erstarken antisemitischer Gewalt. Eine Gewalt, die heute nicht mehr nur von den Rändern, sondern aus der Mitte der Gesellschaft kommt.“

Der 9. Oktober 2020 sei ein Tag der Mahnung und Erinnerung, ein Tag der Solidarität mit den Betroffenen des Attentats. „Wir wollen am heutigen Tag der Opfer und ihrer Angehörigen und Freunde sowie der Überlebenden dieses schrecklichen Attentates gedenken und wünschen ihnen viel Kraft das Unfassbare zu verarbeiten. Ihnen gilt unsere uneingeschränkte Solidarität. Wir wollen erreichen, dass im Mittelpunkt allein die Betroffenen, ihre Namen und ihre Schicksale stehen und nicht der Name des Täters.“, erklärte Eva von Angern weiter und sie warf Ministerpräsident Haseloff sowie Innenminister Stahlknecht angesichts ihrer unsensiblen Äußerungen Totalversagen vor.

#### **Einrichtung eines Sonderfonds „Reisekostenerstattung für Nebenkläger\*innen im Prozess gegen den Attentäter von Halle“**

Am 21. Juli 2020 begann vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Naumburg der Prozess gegen den Attentäter, der am 9. Oktober 2019 einen Anschlag auf die Synagoge und den Kiez Döner in Halle verübte. Die innenpolitische Sprecherin Henriette Quade verwies in ihrer Rede auf die Feststellung des Gerichts,

dass das Verfahren vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Naumburg von herausgehobener sei und ja, auch von historischer Bedeutung. Deshalb habe es entschieden, Tonaufnahmen der Verhandlung fertigen zu lassen. „Prozessbeteiligte sind nicht nur der Generalbundesanwalt und der Angeklagte, sondern auch und vor allem 43 Nebenklägerinnen und Nebenkläger.“, so Quade weiter. „Die Nebenklägerinnen und Nebenkläger sind die Menschen, um die es in diesem Verfahren gehen muss. Sie gestalten diesen Prozess aktiv mit, sie nehmen ihre Rechte in Anspruch, sie sagen aus, sie stellen über ihre Rechtsbeistände Anträge und Fragen, sie tragen zur Beweiserhebung und zur Analyse der Taten bei, innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals. [...] Dafür nehmen sie es auf sich, immer wieder nach Magdeburg zu reisen, immer wieder mit dem Angeklagten konfrontiert zu sein, der viele von ihnen versuchte umzubringen.“

Allerdings sehe es die derzeitige Rechtslage nicht vor, dass den Nebenklägerinnen und Nebenklägern die Reisekosten für jeden Prozesstag erstattet werden, sondern an den meisten Prozesstagen müssten sie - sofern sie am Prozess teilnehmen wollten - diese Kosten selbst tragen. Für Nebenkläger\*innen, die beispielsweise aus Berlin anreisen, decke die gewährte Kostenpauschale bestenfalls sechs Prozesstage ab und damit schon jetzt 11 weniger, als bis in dieser Woche stattgefunden hätten.

„Daher fordern wir Sie auf, mit der Zustimmung zu unserem Antrag die Grundlage zu schaffen, dass das Land Sachsen-Anhalt hier Verantwortung übernimmt und mit einem Reisekostenfonds die Nebenklägerinnen und Nebenkläger unterstützt.“, so Henriette Quade. In anderen Bundesländern gebe bereits solche Regelungen. Die Mittel dieses Fonds, der sich als eine politische Geste aus den Verfügungsmitteln sowohl der Justizministerin als auch des Innenministers speisen könnte, sollen eine Höhe von 20.000 Euro betragen und über den Opferfonds des Vereins Miteinander e. V. administrativ verwaltet und abgerechnet werden.

### #aktuell debattiert

#### **Streik im öffentlichen Dienst - Der Zwang zum Arbeitskampf ist ein Armutszeugnis!**

Beschäftigte im öffentlichen Dienst leisten mit ihrer Arbeit täglich einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität, zu Chancengleichheit, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Entwicklung in unserer Gesellschaft. Gerade während der Corona-Pandemie haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes mit ihrem Einsatz dafür gesorgt, dass zentrale Bereiche des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens weiter funktionierten und auf hohem Niveau gesichert werden konnten. Dafür wurden sie beklatscht und ihre Arbeit wurde als systemrelevant anerkannt.

Spätestens jetzt für die laufende Tarifrunde der Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Kommunen sei die Stunde der Wahrheit gekommen, sagte der Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann. „Die öffentliche Anerkennung für die Kolleginnen und Kollegen an der vordersten Corona-Front war wichtig und sie haben sie wirklich mehr als verdient. Aber die Beschäftigten erwarten auch, dass sie diese Wertschätzung nicht nur verbal, sondern auch in ihrem Portemonnaie verdienen.“ Die Gewerkschaften hätten den Kommunalen Arbeitgebern vorgeschlagen, sich für die Laufzeit von einem halben Jahr auf eine Einmalzahlung für alle Beschäftigten zu einigen. Dagegen wollten die kommunalen Arbeitgeber eine Nullrunde durchsetzen.

„Doch das bedeutet nichts anderes, als dass gerade die Helden der Krise jetzt für die Kosten der Krise bezahlen sollen. Das ist das Gegenteil von Wertschätzung, das ist Ignoranz und Missachtung.“, so Lippmann weiter. Den Arbeitskampf in Corona-Zeiten hätten nicht die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften zu verantworten, sondern die kommunalen Arbeitgeber. Es brauche endlich der Debatte, wer für die finanziellen Folgen der Corona-Hilfsmaßnahmen und für die erwarteten Einnahmeausfälle eintreten müsse. „Denn natürlich fällt es den kommunalen Arbeitgebern nicht leicht, ein vernünftiges und angemessenes Tarifangebot auf den Verhandlungstisch zu legen, wenn sie damit rechnen müssen, dass ihnen eine neue Verschuldungs- und Konsolidierungswelle ins Haus steht. Natürlich verweisen die Kommunen zu Recht auf ihre klammen Kassen. Die Kommunen können keine Ausgaben mehr kürzen und kein Personal mehr abbauen, um Tarifsteigerungen zu kompensieren.“

Und dennoch so lautet die Forderung der Linken: „Die kommunalen Beschäftigten müssen ordentlich bezahlt werden, gerade jetzt in der Krise. Dafür muss die Finanzausstattung der Kommunen deutlich verbessert werden. Man kann die berechtigten Forderungen der Beschäftigten nicht mehr weiter gegen die Finanznot

der Kommunen ausspielen. Das ist viele Jahre lang genau so gelaufen, damit muss Schluss sein.“

## **#Umwelt**

### **Kein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt**

Sachsen-Anhalt hat mit dem Endlager für schwach radioaktive Abfälle in Morsleben bereits einen erheblichen Anteil an der Bewältigung der radioaktiven Erblast der gesamten Bundesrepublik beigetragen. Darüber hinaus leisten die Einwohner\*innen einen hohen Anteil beim Umbau des Leitungsnetzes hin zu alternativen bzw. dezentralen Energieproduktionen. Vor diesem Hintergrund spricht sich die Fraktion DIE LINKE gegen ein weiteres atomares Endlager in Sachsen-Anhalt aus und unterstreicht die politische Dimension einer künftigen Entscheidung zu atomaren Endlagern. Der umweltpolitische Sprecher Hendrik Lange argumentierte in Anbetracht des nun vorliegenden Zwischenberichtes: „Wir sehen als LINKE durchaus den wissenschaftlichen Aspekt und respektieren ihn auch. Die letztendlichen Entscheidungen sind aber politische. Und darum ist unser Antrag absolut legitim.“ Und er führte weiter aus: „Wenn bei gleicher Eignung von Gebieten ein weiteres Ausschlusskriterium die Bevölkerungsdichte ist und wenn politisch beurteilt wird, wo eventuell mit mehr Widerstand (und somit mit dem Verlust von Wählerstimmen) zu rechnen ist, kommen halt schnell Kriterien ins Spiel, die den Osten in den Fokus rücken. Ganz gravierend wird es, wenn es um die Höhe der Entschädigung geht. Wenn dann eine Fläche in der Altmark mit einem Gebiet beispielsweise in der Nähe des Starnberger Sees bewertet wird, steht schnell zu befürchten, dass bei der Unterdeckung des KENFO\* die Fläche bevorzugt wird, wo weniger Entschädigung gezahlt werden muss.“ Vor dem Hintergrund, dass das Land Sachsen-Anhalt jetzt bereits Zielland von Müll-Exporten in erheblichem Ausmaß ist, sei es nicht zu akzeptieren, dass im Osten Deutschlands weniger als drei Prozent des gesamtdeutschen Atomstroms produziert worden seien, aber am Ende Sachsen-Anhalt möglicherweise 100 Prozent der atomaren Erblast der Bundesrepublik Deutschland zu tragen hätte.

\* Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung [Anm. K. Eisenreich]

## **#Finanzen**

### **Erbe der Landesregierung: 5 Milliarden Fehlbetrag bis 2025 - Nachtragshaushalt gefordert**

Laut der Steuerschätzung vom September 2020 hat

Sachsen-Anhalt bis 2024 mit krisen- und pandemiebedingten Ausfällen über 3,152 Milliarden Euro zu rechnen. Damit ist die Prognose nochmals um rund 100 Mio. Euro abgesenkt worden und allein für 2020/2021 wird mit Ausfällen von 1,75 Milliarden Euro gerechnet. Der Landtag hat im April 2020 eine „außergewöhnliche Notsituation“ festgestellt, jedoch von der damit verbundenen Kreditermächtigung nur zu einem Bruchteil Gebrauch gemacht. Damit steht die Haushaltspolitik weit unter ihren Möglichkeiten, wirksame Finanzhilfen für die Wirtschaft und Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge zu leisten. Der finanzpolitische Sprecher Swen Knöchel forderte daher die Landesregierung auf, umgehend einen zweiten Nachtragshaushalt vorzulegen, der die Steuerausfälle der Jahre 2020/2021

sowie krisenbedingte Mehrbedarfe durch eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme ausgleicht. Außerdem sollte die mittelfristige Finanzplanung mit dem Ziel überarbeitet werden, dass die Fehlbeträge von 2022 bis 2024 durch Kreditaufnahmen ausgeglichen werden. Gegenüber dem Bund sollte sich die Landesregierung für einen Lastenausgleich zum Abbau der Schulden einsetzen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL),  
Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im Oktober 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de).

Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.

## Rezension

**2054 Putin decodiert. Politthriller. Alexander Rahr**  
Verlag Das neue Berlin 2020, ISBN 978-3-360-01341-5, 393 S.

Der Autor, Alexander Rahr, ist Osteuropa-Historiker, Politologe und vor allem einer der führenden deutschen Russlandexperten. Als solcher saß er von 2004 bis 2015 im Lenkungsausschuss des Petersburger Dialoges und ist seit 2012 Projektleiter des Deutsch-Russischen Forums. Von ihm stammen zahlreiche profunde Sachbücher zur Analyse russischer bzw. deutsch-russischer Politik - u.a. „Der kalte Freund. Warum wir Russland brauchen“ (München, 2011) - das „wir“ in diesem Titel bezieht sich zunächst auf Deutschland, jedoch auch auf Gesamteuropa. Damit ist das zentrale Anliegen Rahr'schens Schreiben umrissen: russische Politik aus russischer Perspektive erläutern und so zu einem veränderten Russlandbild und einer anderen Haltung bzw. Politik gegenüber Russland beitragen. „Worüber streiten wir uns heute mit Russland? Kein Kommunismus bedroht uns mehr aus dem Osten. Russland ist kapitalistisch - wie wir. Für eine militärische Wiederaufrüstung hat es kein Geld. Stattdessen umzingeln NATO-Basen das Land von der Ostsee bis zum kaspischen Raum und zum Hindukusch. Die ehemaligen sowjetischen Militärbasen sind alle weg. Und schließlich bietet uns Russland seinen gigantischen Markt für Handel und Investitionen an“ lässt er den Protagonisten des Buches, den Politologen und Russlandkenner, Georgi Vetrow seine deutschen Kollegen fragen (S. 220). Damit trifft er m.E. den Kern des derzeitigen Dilemmas in den Beziehungen Deutschlands/der EU zu Russland. Als eine Ursache dafür

benennt er klar die mangelnde Bereitschaft der deutschen/europäischen Seite, Russlands innere und äußere, historisch gewachsenen Probleme zur Kenntnis zu nehmen und dessen Perspektive in Erwägung zu ziehen. Um diese für eine andere Außenpolitik notwendige Sichtweise verständlich zu machen geht er weit in die Geschichte Russlands zurück - bis ins 16. Jahrhundert. Da sich die Geschichte eines derartig großen Vielvölkergebietes nicht in einem Text (auch wenn dieser über 300 Seiten hat) abhandeln lässt, greift er zu einem literarischem Kunstgriff - dem des Zeitreisenden. Insofern ist das vorliegende Buch auch kein Sachbuch im strengen Sinne, ich würde es auch nicht „Politthriller“ nennen, sondern Mysterythriller. Schließlich bemüht er niemand geringeres als Nostradamus um immer wieder prophetische Texte einzufügen und zu interpretieren. Durch klare Jahreszahlen vor den jeweiligen Kapiteln erleichtert er es den in mystischen Deutungen ungeübten LeserInnen sich zurecht zu finden. Diesem Schreibstil entsprechend reicht das Buch weit in die Zukunft - mit einem entsprechend düsterem Szenario, das durchaus eintreten könnte - wenn „der Westen“ bei seiner schablonenhaften Sichtweise auf russische Politik bleibt. Im abschließenden Kapitel lässt Alexander Rahr seinen Protagonisten berechtigt überlegen:

„Warum durfte nur der Westen recht haben? Warum war der Fortschrittsgedanke nur mit dem Westen verbunden? Warum durften nur westliche Normen in der Weltwirtschaft die Messlatte sein?“ (S. 346).

Mit diesen Fragen wird sich künftig nicht nur die Leserschaft, sondern vor allem auch die Politik zu beschäftigen haben, wenn ein friedliches, demokratisches Miteinander nicht nur in Europa gesichert werden soll.